

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Kelly, Bastian und der Fraktion DIE GRÜNEN

Zivile und militärische Atomindustrie und Niedrigstrahlung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Beschäftigte in der zivilen und militärischen Atomindustrie gibt es nach Wissen der Bundesregierung in
 - den EG-Staaten,
 - den Staaten des Warschauer Paktes,
 - der ganzen Welt?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit 1974 Langzeitstudien über 600 000 Arbeiter der amerikanischen Atombombenindustrie betrieben werden, deren bisherige Ergebnisse auf eine hohe Krebsrate hinweisen? Wenn ja, warum verschweigt die Bundesregierung die Resultate dieser Langzeitstudien?
3. Sind der Bundesregierung die Forschungsarbeiten von Dr. Mancuso der Universität Pittsburgh, USA, bekannt, in denen er aufzeigte, daß die Wahrscheinlichkeit, an Strahlenkrebs zu sterben, in den Hanford Plutonium Werken 10 bis 30 mal größer ist, als in den Grenzwertkonzepten unterstellt wird?
4. Welche wissenschaftliche Langzeitstudien über Arbeiter/innen (und deren Familien) in der zivilen und militärischen Atomindustrie liegen der Bundesregierung vor?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Forderungen innerhalb der amerikanischen „National Academy of Science“ gibt, die in den USA beruflich erlaubte Strahlenexposition von 5 rem auf ein Zehntel dieses Wertes herabzusetzen? Wie steht die Bundesregierung zu solch einer Herabsetzung auch in der Bundesrepublik Deutschland?
6. Wer hat die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) 1929 gegründet? Wieviel Prozent der ICRP-Mitglieder stammen aus der Atomindustrie und aus den nationalen Atombürokratien?
7. Unterstützt die Bundesregierung die von der ICRP vorgebrachte drastische Erhöhung der Grenzwerte für die Belastung durch inkorporierte Partikel? Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sich daraus große Gefahren für Arbeiter in der Atomindustrie ergeben?
8. Wie viele „Leiharbeiter“ wurden nach Wissen und Kenntnisstand der Bundesregierung in der deutschen Atomindustrie in

den letzten fünf Jahren und in demselben Zeitraum im Bereich der EG beschäftigt?

9. Stimmt die Bundesregierung den Vorschlägen der ICRP zu, nach denen in Ausnahmefällen Arbeiter bis zu 15 rem innerhalb eines Zeitraumes von wenigen Sekunden bis zu einem Tag erhalten dürfen?
10. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es ungelerten Leiharbeitern ermöglicht werden soll, Arbeiten, insbesondere in Atomkraftwerken, unter hoher Belastung zu verrichten, wie sie nach bestehenden Grenzwerten nicht zulässig wären?
11. Hat der Einsatz von Leiharbeitern in Atomkraftwerken in den letzten fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zugenommen?
12. Stimmt die Bundesregierung den jüngsten ICRP-Vorschlägen zu, nach denen die gegenwärtig erlaubte Organdosis für Knochenmark (5 rem pro Jahr) auf 42 rem pro Jahr angehoben werden kann?
13. Kann eine einzige Röntgenbestrahlung während der Schwangerschaft Krebs im Kindesalter hervorrufen?
14. Liegen der Bundesregierung Studien über die hohe Gefahr von Mißbildungen bei Kindern vor, die als Fötus einer geringen Strahlendosis ausgesetzt gewesen sind? Sind der Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Studien von Dr. Alice Stewart (Großbritannien) und Dr. Rosalie Bertell (USA/Kanada) über die Auswirkungen von Niedrigstrahlung bekannt?
15. Können 0,5 rem in einem ganz bestimmten Entwicklungsstadium des Gehirns zu geistigen Behinderungen führen?
16. Welche epidemiologischen Ergebnisse über erhöhte Krebssterblichkeit bei Atomarbeitern liegen der Bundesregierung vor?
17. Ist der Bundesregierung bekannt, daß nicht weniger als 5 400 Unfälle und Pannen unterschiedlichen Gefährlichkeitsgrades von US-Behörden in den Jahren 1984 und 1985 in atomaren Anlagen registriert wurden?
18. Welche Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland haben bis jetzt ohne Panne, ohne Unfall und ohne Notabschaltung gearbeitet?
19. Welche Folgerungen für die Arbeiter hätte der Wassereintrich im Block 1 der Cattenom-Atomzentrale gehabt, wäre der Reaktor schon in Betrieb gewesen?
20. Welche Studien hat die Bundesregierung bis jetzt zum Thema „Niedrigstrahlung und Gesundheitsschäden“ veranlaßt?

Bonn, den 7. November 1986

Kelly

Bastian

Borgmann, Hönes und Fraktion